

Oskar Niedermayer

Plädoyer für die Abschaffung der Links-Rechts-Dimension

Der Gebrauch der Begriffe »links« und »rechts« zur Kennzeichnung der inhaltlichen Position einer Partei sei unzureichend, lautet die These des Autors. Durch die Positionierung der einzelnen Parteien im Rahmen einer zweidimensionalen Konfliktstruktur ließen sich inhaltliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede besser erfassen und ein realistischeres Bild des Parteienwettbewerbs entwerfen.

Oskar Niedermayer

(*1952) ist seit 1993 Professor für Politische Wissenschaft an der FU Berlin. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen in den Bereichen Politische Soziologie, politisches System Deutschlands und Europaforschung.

niederm@zedat.fu-berlin.de



Im Rahmen der Analyse von Parteiensystemen wird u.a. der Frage nachgegangen, welche grundlegenden inhaltlichen Konfliktlinien den Parteienwettbewerb prägen. Die Links-Rechts-Dimension spielt dabei spätestens seit den 50er Jahren eine große Rolle, da sie das räumliche Modell des Parteienwettbewerbs im Rahmen der ökonomischen Theorie der Demokratie von Anthony Downs prägt. Downs geht von der Annahme aus, dass der Wettbewerbsraum der Parteien nur eine einzige Dimension besitzt, die Links-Rechts-Dimension, und dass diese Dimension anhand des Konflikts über die Frage konkretisiert wird, wie stark die Politik in das ökonomische Marktgeschehen eingreifen soll.

Die Gegenposition zu dieser Eindimensionalitätsthese wurde einige Jahre später von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan formuliert. Deren »Cleavage-Theorie« erklärte die Herausbildung der westeuropäischen Parteiensysteme im 19. Jahrhundert vor dem Hintergrund der durch die Industrielle Revolution und die Nationalstaatsbildung bewirkten Umbrüche und Verwerfungen als Widerspiegelung und Politisierung von vier zentralen gesellschaftlichen Spaltungslinien: (1) dem Klassenkonflikt

zwischen Kapitaleignern und abhängig Beschäftigten, (2) dem Stadt-Land-Konflikt zwischen dem städtischen Bürgertum in Industrie, Handel und Gewerbe und den durch den Landadel vertretenen Agrarinteressen, (3) dem Kirche-Staat-Konflikt, der in den meisten Staaten zwischen dem Machtanspruch des neuen Nationalstaats und den historisch gewachsenen Vorrechten der katholischen Kirche ausgetragen wurde, in Deutschland jedoch in Form des Konfessionskonflikts zwischen Katholiken und Protestanten bestand, und (4) dem Zentrum-Peripherie-Konflikt zwischen den zentralstaatlichen Eliten und den Vertretern ethnischer, sprachlicher oder religiöser Minderheiten. In diesem Modell wird der Parteienwettbewerb somit durch mehrere parteipolitische Konfliktlinien bestimmt, die sich als tiefgreifende, über eine längere Zeit stabile, konflikthafte, auf der parteipolitischen Vertretung der Interessen und Wertesysteme unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen beruhende Spaltungslinien im Parteiensystem definieren lassen.

Parteipolitische Konfliktlinien in drei zentralen Bereichen

Versucht man anhand der verschiedenen Weiterentwicklungen des ursprünglichen Modells ein allgemeines Tableau möglicher parteipolitischer Konfliktlinien zu entwerfen, so lassen sich Konflikte in drei Bereichen ausmachen: Im sozio-ökonomischen Bereich drehen sich die Auseinandersetzungen um die Rolle des Staates in der

Ökonomie, im sozio-kulturellen Bereich um die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens und im politisch-konstitutionellen Bereich um die Gestaltung der politischen Ordnung.

Der traditionelle Klassenkonflikt stellt heute einen Wertekonflikt um die Rolle des Staates bei der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen dar, d.h. er wird als Sozialstaatskonflikt zwischen den Grundwerten Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit ausgetragen. Dabei wird von beiden Seiten mit unterschiedlichen Konzeptionen des Grundwerts der Gerechtigkeit argumentiert und dabei auch auf die Grundwerte der Freiheit und Gleichheit Bezug genommen. Nach der traditionellen Markt-gerechtigkeitskonzeption sind Verteilungsergebnisse des Marktes, die nach bestimmten Grundregeln zustande kommen, auch gerecht. Politik hat demnach nur – durch Gewährleistung der Marktfreiheit – die Einhaltung der Grundregeln zu sichern. Damit wird auf den Grundwert der Freiheit rekurriert und Gerechtigkeit stellt sich als Leistungsgerechtigkeit dar. Im Rahmen der Gegenposition werden materiell ungleiche Marktergebnisse als sozial ungerecht angesehen, es wird auf den Grundwert der Gleichheit gesetzt und soziale Gerechtigkeit stellt sich als solidarische Verteilungsgerechtigkeit dar. Der zweite Konflikt im sozio-ökonomischen Bereich, der Stadt-Land-Konflikt, ist in seiner modernen Form ein Gegensatz zwischen städtisch-(post-)industriellen und ländlich-agrarischen Interessen.

Im sozio-kulturellen Bereich hat sich der traditionelle Kirche-Staat- bzw. Konfessionskonflikt in einen Religionskonflikt zwischen religiösen und säkularen Wertesystemen transformiert, dessen Relevanz durch die gesellschaftlichen Säkularisierungsprozesse immer stärker zurückgeht. Bestimmte, mit religiösen Prägungen verbundene kulturell-moralische Werthaltungen wurden zudem in die sich seit Ende der 70er Jahre herausbildende neue Konflikt-

linie zwischen libertären und autoritären Wertesystemen integriert. Ursache dieser neuen Konfliktlinie sind vor allem die mit der Globalisierung verbundenen kulturellen Entgrenzungsprozesse, die entweder als Bereicherung oder als Bedrohung empfunden werden und daher einerseits zur Herausbildung libertärer Werthaltungen wie Betonung von Selbstverwirklichung, Toleranz gegenüber Minderheiten, Bejahung von Multikulturalität und Unterstützung nonkonformistischer Lebensstile oder autoritärer Werte wie Unterordnung unter Autoritäten, Intoleranz gegenüber Minderheiten, kulturelle Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und Unterstützung konformistischer Lebensstile führen.

Primär im sozio-kulturellen Bereich verankert – aber in die anderen Bereiche hineinreichend – ist der Zentrum-Peripherie-Konflikt, der in der Regel zwischen gesamtstaatlichen Parteien und den politischen Vertretungen nationaler Minderheiten besteht, im Extremfall jedoch auch zu einer Aufspaltung des gesamten Parteiensystems in Regionalparteien führen kann. Im politisch-konstitutionellen Bereich angesiedelt ist der Systemkonflikt, der sich auf die Gestaltung der politischen Ordnung bezieht und systembejahende Parteien von Antisystemparteien trennt.

Neues Orientierungsschema

Natürlich ist es nicht so, dass alle diese theoretisch möglichen parteipolitischen Konfliktlinien in der Realität gleichzeitig auftreten bzw. von gleich großer Relevanz sind. Eine Fülle empirischer Studien mit unterschiedlichen Vorgehensweisen zeigt jedoch, dass der Parteienwettbewerb im Rahmen der europäischen Parteiensysteme auf jeden Fall von mehr als einer der hier beschriebenen Konfliktlinien bestimmt wird. Das Parteiensystem der Bundesrepublik gehört dabei zu der Minderheit, die nur von zwei Konfliktlinien ge-

prägt ist: dem Sozialstaatskonflikt im sozio-ökonomischen Bereich und dem Konflikt zwischen libertären und autoritären Wertesystemen im sozio-kulturellen Bereich.

Wie lässt sich diese Tatsache mit der gängigen Auffassung von der alleinigen Prägung des Parteienwettbewerbs durch die Links-Rechts-Dimension vereinbaren? Das kann prinzipiell auf zwei Arten geschehen: Zum einen kann man die Links-Rechts-Dimension – wie es oft geschieht – inhaltlich eng definieren, indem man sie in der Regel mit dem traditionellen Klassenkonflikt bzw. dem modernen Sozialstaatskonflikt gleichsetzt und als wichtigste Konfliktlinie ansieht. Dann ist die Bezeichnung als »linke« oder »rechte« Partei nichts anderes als die Einordnung als Partei der sozialen Gerechtigkeit bzw. der Marktfreiheit. Das Problem dieser Vorgehensweise wird besonders krass illustriert am Beispiel der NPD: Die NPD hat seit einigen Jahren die soziale Frage entdeckt und gehört mittlerweile zu den dezidiertesten Kritikern von Neoliberalis-

mus, Globalisierung und Wohlfahrtsstaatsabbau. Ist sie somit eine »linke« Partei?

Zum anderen kann man Links-Rechts als symbolisches Generalisierungsmedium ansehen, d.h. als Orientierungsschema in einer komplexen politischen Welt, dessen inhaltliche Bedeutung in Raum und Zeit variiert. Die Links-Rechts-Dimension ist dann sozusagen eine generalisierte Superstruktur, die die jeweilige spezifische Konstellation konkreter Konfliktlinien in einem Parteiensystem eindimensional überwölbt. Für die beiden konkreten Konfliktlinien des bundesrepublikanischen Parteiensystems würde dies bedeuten, dass die Orientierung an sozialer Gerechtigkeit und libertären kulturellen Werten den »linken« Pol und die Marktfreiheitsorientierung in Verbindung mit autoritären kulturellen Werten den »rechten« Pol der Links-Rechts-Achse im Parteienwettbewerb bilden. Eine solche Sichtweise ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn sich die Parteien in Bezug auf die beiden Konfliktlinien in die gleiche Rangfolge bringen lassen, sodass eine Partei auf

beiden Konfliktlinien eine linke bzw. rechte relative Position im Parteiensystem einnimmt. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie sich schon durch eine Bestimmung der jeweiligen »Polparteien« zeigen lässt, also derjenigen Parteien, die im Parteiensystem am weitesten in Richtung der beiden sich gegenüberstehenden Pole der Konfliktlinie verortet sind, auch wenn sie nicht unbedingt eine Extremposition einnehmen müssen. Im Rahmen des Sozialstaatskonflikts stehen sich im heutigen deutschen Parteiensystem *Die Linke* und die FDP als Polparteien gegenüber, im Rahmen des Konflikts zwischen libertären und autoritären Wertesystemen bilden *Die Grünen* und die NPD die beiden Polparteien.

Angesichts dieser Problematik sollte zukünftig auf den Gebrauch der Begriffe »links« und »rechts« zur Kennzeichnung der inhaltlichen Position einer Partei im Parteienwettbewerb verzichtet werden, auch wenn es schwer fällt, alte Gewohnheiten abzulegen. Betrachtet man stattdessen die Positionierung der einzelnen Parteien im Rahmen der durch den Sozialstaatskonflikt und den Liberalismus-Autoritarismus-Konflikt gebildeten zweidimensionalen Konfliktstruktur, so lassen sich inhaltliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede und damit die relative Nähe bzw. Distanz der Parteien zueinander besser erfassen und ein realistischeres Bild des Parteienwettbewerbs entwerfen.

Rita Müller-Hilmer

Sortiert sich das Wahlvolk links?

Wenn von der politischen Entwicklung in Deutschland die Rede ist, fällt in jüngster Zeit meist irgendwann das Schlagwort »Linksrutsch«. Diese Einschätzung steht aber in eigentümlichem Kontrast zu dem Bemühen fast aller im Bundestag vertretenen sechs Parteien, sich beim Wahlvolk auch als »Partei der Mitte« zu profilieren. Was sagen die empirischen Befunde?

Die Diskussion über einen möglichen »Linksrutsch« in Deutschland kommt insofern etwas überraschend, als die Kategorien »links« und »rechts« für eine passende Beschreibung der politischen Verhältnisse zuletzt stark in Zweifel gezogen wurden. Die Positionierung der Parteien auf dem Links-Rechts-Schema galt vielen als überholt, da sich die Parteien, so ein häufiger Vorwurf, zum Verwechsell ähnlich geworden seien. Die Unionsparteien wehrten sich im Übrigen immer schon gegen ihre Qualifizierung als »rechte« politische Kräfte, weil sie dies als einen Versuch der Diffamierung betrachteten. Und als Gerhard Schröder 1998 mit der Aussage in den Bundestagswahlkampf zog, er kenne keine linke oder rechte, sondern nur eine



Rita Müller-Hilmer

ist Bereichsleiterin bei TNS Infratest Politikforschung in Berlin.

rita.mueller-hilmer@tns-infratest.com

gute oder schlechte Politik, schien das Ende des Links-Rechts-Denkens nicht mehr weit.

In der Wahlforschung leistet das Links-Rechts-Schema jedoch nach wie vor wertvolle Dienste. Auch die Wähler nutzen es zur Positionierung der Parteien und zur besseren Orientierung in der politischen Landschaft. In Umfragen bereitet es ihnen keinerlei Probleme, die Parteien auf einem